

Kraukauer Zeitung.

Nr. 122.

Mittwoch, den 28. Mai

1862.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Kraukau 4 fl. 20 Kr., mit Versendung 5 fl. 25 Kr. — Die einzelne Nummer wird mit 10 Kr. berechnet. — Inserationsgebühren im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für 10 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kraukauer Zeitung“ (Großer Ring N. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaction: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

VI. Jahrgang.

nemendpreis: für Kraukau 4 fl. 20 Kr., mit Versendung 5 fl. 25 Kr. — Die einzelne Nummer wird mit 10 Kr. berechnet. — Inserationsgebühren im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für 10 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kraukauer Zeitung“ (Großer Ring N. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaction: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

Ämtlicher Theil.

Auf Allerhöchste Anordnung wird für weiland Ihre königliche Hoheit Mathilde, Großherzogin von Hessen, die Hoftrauer vom 27. Mai angefangen durch achtzehn Tage mit folgender Abwechslung, nämlich durch die ersten zehn Tage, d. i. vom 27. Mai bis einschließig 5. Juni, die tiefe, dann durch die letzten acht Tage, d. i. vom 6. bis einschließig 13. Juni, die mindere Trauer getragen werden.

Er. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplom den Sekond-Wachtmeister der ersten Artillerie-Leibgarde, Major Ferdinand Gustav Paar, als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Klasse den Ordensstatuten gemäß in den Ritterstand des österreichischen Kaiserstaates allergnädigst zu erheben geruht.

Er. I. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 22. Mai d. J. den Kraukauer Oberlandesgerichtsrath, Konstantin Kmicikewicz, über sein Ansuchen zum Oberlandesgerichte in Lemberg allergnädigst zu übersetzen geruht.

Er. I. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 22. Mai d. J. den Jögling der k. I. Theresianischen Akademie, Anton Edelbacher von Gyorok, zum k. I. Gellnaben allergnädigst zu ernennen geruht.

Er. I. Apostolische Majestät haben laut der Allerhöchsten Entschliessung vom 20. Mai d. J. den Gendarmen: Michael Pudel und Vinzenz Dobias, des 4. Gendarmen-Regiments, in Anerkennung der von denselben unter eigener Lebensgefahr bewiesenen Entschlossenheit und Ausdauer bei der Hilfeleistung zur Rettung mehrerer Menschen aus der durch die Ueberfluthung im Weichselgebiete eingetretenen Noth Weiden das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verliehen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Kraukau, 28. Mai.

Die Donauzeitung veröffentlicht zur „weiteren Klärung der Sachlage“ folgende Note des kais. österreich. Bevollmächtigten bei dem kurhessischen Hofe an den dortigen Minister des Auswärtigen vom 19. v. M.:

Note des Grafen Karni an Sr. v. Göttdaues, d. d. Cassel, den 16. Mai 1862.

Sofort nachdem das kais. Cabinet von dem beabsichtigten Wahlauschreiben in Kurhessen Kenntniss erhalten hatte, war der Unterzeichnete u. mit dringenden Vorstellungen gegen einen solchen Schritt beauftragt worden.

Die Vorstellungen blieben jedoch fruchtlos, die kurfürstliche Regierung erließ am 3. d. M. das Wahlauschreiben, nachdem sie schon zuvor durch eine landesberrliche Verordnung vom 26. April alle Diejenigen von der Wahl ausgeschlossen hatte, welche nicht durch eine ausdrückliche Erklärung der Verfassung von 1860 anerkannt haben würden.

Die Verbindung dieser beiden Maßregeln prägte der kurfürstl. Regierung einen Charakter auf, der nicht missverständlich werden konnte, und bezeichnete dasselbe als direct gegen den von Oesterreich und Preußen gemeinschaftlich am Bunde gestellten Antrag vom 8. März gericht.

Die kais. Regierung hat nicht umhin gefonnt, die Sache am Bunde zur Sprache zu bringen, und auf gemeinschaftlichen Antrag von Oesterreich und Preußen hat die Bundesversammlung in ihrer Sitzung vom 13. d. M. beschlossen, die kurfürstl. Regierung zu ersuchen, das nach Maßgabe neuerlich ergangener Verordnungen eingeleitete landständliche Wahlverfahren zu sistiren und nicht der schwebenden Verhandlung am Bunde über den von Oesterreich und Preußen am 8. März l. J. gestellten Antrag zu präjudiciren.

Es liegt zwar im dringlichsten Interesse der Regierung Sr. I. Hof. des Kaiserthums, diesem Grundsatz, welcher der kais. Hof trotz seiner milden Form als eine bindende Aufforderung betrachtet, zu entsprechen, die kais. Regierung hält sich aber auch für verpflichtet, sie hierzu auch noch in ihrem eigenen Namen aufzufordern und hat den Unterzeichneten beauftragt, sich bei Sr. d. Herrn v. Göttdaues angelegentlich zur Erzielung dieses Resultates zu verwenden, in welchem sie allein die Rückfichten wieder erkennen könnte, die sie in Anspruch zu nehmen berechtigt ist, und welche in dem letzten Vorgehen der kurfürstlichen Regierung wohl kaum zu finden sein dürften.

Indem der Unterzeichnete fernerhin im Namen seiner allerb. Regierung um eine möglichst baldige Antworterklärung ersucht, bezieht er, u.

Nach der neuesten „Berliner Allg. Ztg.“ hat der Kurfürst von Hessen einen Brief an Sr. Maj. den König gerichtet und darin Satisfaction sowie die Entlassung der Minister Abbe und Göttdaues angeboten.

Wie der „Fr. V.“ aus Cassel, 23. d. geschrieben wird, soll das kurfürstliche Ministerium in der Aufstellung begriffen sein. Es werden sogar schon die Personen genannt, welche den Kern des neuen Ministeriums bilden würden. Man nennt einstweilen den kurfürstlichen Generaladjutanten v. Loßberg, den Kriminalgerichtsdirector Kerling und den Regierungsrath Wiegand.

Die kurhessische Frage, schreibt man dem „Bat.“ aus Berlin, wird von Tag zu Tag verwickelter, unklarer und für die preussische Regierung unbehaglicher. Die Tage der Aufregung und der Drohungen sind vorüber und es scheint, als wenn ruhigere Ueberlegung bei unseren Staatsmännern zurückgekehrt sei. Preußen wird, wie mir bestimmt versichert wird, seine Forderungen, und namentlich diejenigen, welche sich auf persönliche Genugthuung wegen des dem General Willen gewordenen Empfangs beziehen, nicht mit den Waffen in der Hand zu Geltung bringen. Wer unsere Verhältnisse kennt, wird darüber nicht in Zweifel sein, daß in nächster Zeit andere Auffassungen wieder die Oberhand gewinnen können, so viel aber steht fest, daß in diesem Augenblick die Occupation

Kurhessens, welche nach den ursprünglichen Dispositionen durch das 4. und 7. Armeekorps erfolgen sollte, aufgegeben ist. Sogar gibt sich an entscheidender Stelle eine entschiedene Abneigung kund, daß Preußen sich an einer später etwa vom Bundestage zu beschließenden Execution wider Kurhessen betheilige. Es bezeichnet dieser Umstand die Richtung, welche die Leiter unserer auswärtigen Politik einnehmen, recht scharf. Man will weder dem Bundestage noch seinen Beschlüssen sich unbedingt fügen, noch wagt man es durch einseitiges Vorgehen sich in directen Widerspruch zum Bundesrechte zu setzen, man weiß daher selbst nicht, was man will.

Wie erwähnt, unterliegt jetzt das bekannte Project des Herrn v. Dalwigk, dem Bunde eine Delegation von ständischen Ausschüssen an die Seite zu stellen, um eine allgemein gültige Civil- und Kriminal-Gesetzgebung in Deutschland herbeizuführen, einer Berathung der Bevollmächtigten der betheiligten Staaten in Wien. Graf Rechberg hatte in einer Depesche vom 17. März zu diesen Berathungen eingeladen. Mittlerweile sind, wie man der „Weser-Ztg.“ aus Berlin schreibt, die Instruktionen zur Theilnahme an den Konferenzen dafelbst eingegangen. Die hannoversche Regierung, welche von einer Aenderung der Bundesverfassung nichts wissen will, wird nur eine referierende Stellung dabei einnehmen.

Wir haben jüngst angedeutet, welche Tragweite der Ernennung des Hr. v. Bismark zum preussischen Gesandten in Paris beizumessen sei, da derselbe als der Hauptträger der Idee einer preussisch-französisch-russischen Allianz betrachtet wird. In Beziehung auf diesen Gegenstand schreibt die „A. Z.“: Hr. v. Bismark galt bekanntlich als der Verfasser oder der spiritus rector einer sehr geistvollen Broschüre, die im Jahr 1858 die Allianz Preußens mit Frankreich und Rußland empfahl, und diese Allianz als das beste, ja einzige Mittel ansah, die preussischen Pläne auf Deutschland zu fördern. Man weiß, wie seitdem die liberalen und conservativen Blätter auf diese Idee mehr oder minder eingingen. Man erzählt sich nun, daß Hr. v. Bismark, der um jene Zeit eine Reise nach Paris machte, dort Erklärungen im Sinn jener Broschüre gemacht haben soll. Herr v. Bismark habe darauf in Berlin förmlich angefragt, in wie weit die Versicherungen des Hr. v. Bismark als im Namen des preussischen Ministeriums gegeben betrachtet werden dürften. Von Berlin aber soll die Antwort gekommen sein: die Ansichten der Hr. v. Bismark über die Politik Frankreichs und Rußlands etwa ausgesprochen habe, seien lediglich seine eigenen Ansichten, von denen das preussische Cabinet sich nicht abhängig mache. So erzählt das Gerücht; wie viel Wahres daran ist, können wir nicht untersuchen. Herr v. Bismark wurde einstweilen zum Botschafter in St. Petersburg ernannt, dem andern Angelpunkte seiner Politik. Nach Paris ward Hr. v. Pourtales geschickt, der unter geschweidigen Formen ungefähr denselben Weg ging. Ich verweise Sie auf die kürzlich erschienene Broschüre: „Graf Albert Pourtales, politischer Essay, von Friedr. v. Thielau.“ Dort ist, zum Theil mit den eigenen Worten von Pourtales, die kleindeutsche Politik so offen als möglich ausgeprochen, und Friedr. v. Thielau sagt geradezu: ein Krieg mit Oesterreich werde früher oder später unvermeidlich sein.

Die „Berliner B. und Z.“ meldet, daß Herr v. Bismark-Schönhausen ungeachtet seiner bereits erfolgten Ernennung zum Gesandten in Paris, Berlin in nächster Zeit noch nicht verlassen, vielmehr in seiner Eigenschaft als Mitglied des Herrenhauses noch für mehrere Wochen in Berlin bleiben werde, um die Entwicklung unserer inneren Verhältnisse abzuwarten. Eine Combination, die ihn an die Spitze der Staatsgeschäfte brächte, liegt demnach keineswegs außer der Wahrscheinlichkeit. Wie man in diplomatischen Kreisen vermuthet, wäre für jetzt auf den Eintritt des Herrn v. Bismark hauptsächlich nur aus gewissen durch den kurhessischen Conflict nahe gelegten Rückfichten verzichtet worden.

Der „Allg. Ztg.“ wird von Brescia, 19. Mai, geschrieben: „Die Dinge beginnen sich hier rasch zu entwickeln. Gestern konnte man an allen Straßenecken lesen: Viva la Republica, viva Garibaldi, morte a Vittorio Emanuele, via i Piemontesi.“ Das nämliche ist auch in Bergamo geschehen. Darüber folgen nun massenhafte Verhaftungen. Hier hat man sogar den Polizeidirektor (einen Piemontesen) entfernt und nach Neapel geschickt, weil er nicht energisch genug einschritt. Uebrigens ist durch die bisher von der Regierung angeordneten Maßregeln das Invasionscorps Garibaldi's nichts weniger als zerstreut, im Gegentheil wächst dasselbe und zählt gegenwärtig in runder Summe an 2500 Mann, welche in kleineren Porten vom Lago d'Isco bis Laveno vertheilt sind und

trotz aller Manöver dort ganz ruhig leben. Ich kann Ihnen auch positiv versichern, da es nicht wahr ist, daß unsere Regierung von den Garibaldi-Unternehmen nichts gewußt habe; sie war ihm nicht fremd, Garibaldi selbst gestand es ein, daß ihm der ganze Anschlag bekannt sei, bemerkte aber: er habe nicht den Muth gegen Garibaldi offen aufzutreten. Uebrigens geben Sie Acht, Sie werden bald wieder von einem zweiten Putz hören.“

Die Schützengesellschaft in Mailand will also wirklich eine Deputation zum Schützenfest nach Frankfurt a. M. senden. Garibaldi wird als Präsident die Deputation beauftragen dem deutschen Schützenverein in Frankfurt eine Adresse zu überreichen. So, bemerkt die „Wiener Ztg.“, ist der Bevölkerung Mailands durch Plakate am 21. d. M. bekannt gemacht worden. Welche immense Ehre für die „Porchi tedeschi“, die „Canaglia tedesca“, die „Mangiatori della sega di candele“!! Herr Dr. Gersner (der Vorstand des letzten Sängersocietäts zu Nürnberg) macht darauf aufmerksam, daß es abzuwarten sei, ob das Frankfurter Schützenfest nur ein „kosmopolitisches“ oder aber zugleich ein deutsches Nationalfest werden soll, zur Erhöhung und Stärkung deutschen Nationalbewusstseins gegen unsere inneren und äußeren Feinde, wozu die Welschen immer gehörten.“ Bis dies bestimmt kund gegeben, möchte Dr. Gersner die deutschen Sänger aufmerksam machen, bei Einsetzung etwaiger Ehrenpreise Vorsicht zu treffen, damit sie nicht in Hände kommen, welche dem italienischen Rufe: „morte ai Todeschi“ Folge geben. Wie verlautet wollen die bairischen Schützengesellschaften energisch protestiren gegen die „Lactosigkeit“, mit welcher das Comité des deutschen Schützenfestes in Frankfurt a. M. auch italienische Schützen für willkommen erklärt hat. Die Tiroler haben mit Hinweisung auf den jüngsten Garibaldiputsch gegen Tirol durch das Organ der Innsbrucker Volks- und Schützen-Zeitung ein Aehnliches gethan. Es ist die Frage, ob die Frankfurter „Lactosigkeit“ nicht eine sich ihres Zweckes wohlbewußte gewesen ist, in Folge dessen das Schützenfest sich schließlich als ein demokratischer Fehel für gewisse Pläne gestalten sollte.

Von Genf aus ist so eben ein Aufruf zu einem in London während der Industrie-Ausstellung abzuhaltenden allgemeinen Demokraten-Congress ergangen. Der erste Urheber dieses Planes ist ein Spanier; seine Ausführung aber hat die „Nation Suisse“, das Organ James Fazy, übernommen. Indem der beabsichtigte Congress sich das gemeinsame Wohl aller Völker zur Aufgabe macht, hofft man folgende Vortheile von ihm zu erreichen: 1) daß die europäische Demokratie sich kennen lernt und einen Ueberblick über ihre Streitkräfte gewinnt; 2) Aufstellung eines gemeinsamen Programms und 3) Einsetzung eines permanenten Central-ausschusses, der den Feinden der Demokratie beweisen soll, daß die Conföderation der Völker ohne Beeinträchtigung ihrer Autonomie eine leicht zu lösende Aufgabe sei.

Der Pariser Corr. der „N. P. Z.“ schreibt: Dürfen wir gewissen Andeutungen von oesterreichischer Seite Glauben schenken, so hat das Wiener Cabinet Schwarz auf Weiß, daß England einem von Frankreich unterstützten Angriffe auf Venetien nicht ruhig zusehen, und eben so wenig noch irgend eine Gebietsverwerbung Frankreichs zugeben werde. Unter solchen Umständen, wird ferner geäußert, könne Oesterreich dem Ganzen in Italien, welcher durch die Unterdrückung des Garibaldi'schen Putzsches eingeleitet wurde, ruhig zusehen. Die französische Expedition in Mexico zwingt überdies den Kaiser, Verwicklungen in Europa zu vermeiden, um jene nicht zu compromittiren. In unserem vorigen Schreiben theilten wir schon mit, daß in diesigen officiellen Kreisen der Zweck der Expedition als ein großartiger handelspolitischer dargestellt werde, und wir hollen heut nach, was wir neulich vergaßen, daß nämlich die ganze Expedition ohne die neuen Beziehungen zu den großen Asiatischen Reichen gar nicht stattgefunden haben würde; Mexico sei erst — so läßt man sich aus — von einer capitalen Wichtigkeit für Europa geworden, seitdem China und Japan ihre Häfen dem europäischen Handel geöffnet haben.

In Folge officieller Berichte von Geld- und Waffensendungen, welche dem Präsidenten Suarez aus den Vereinigten Staaten und zwar im Auftrage des Herrn Lincoln zugegangen sind, soll, wie ein Pariser Corr. der „N. P.“ meldet, Kaiser L. Napoleon in Bezug darauf dem Vice-Admiral Jurien de la Graviere den Befehl zugeschied haben, die Blockade auf die mexikanische Küste im nördlichen Theile des mexikanischen Golfes auszuwehnen. Gleichzeitig hat man sich hieurburch vrranlaßt gesehen, die Absendung von Verstärkungen, die erst Ende des Sommers erfolgen sollte, zu beschleunigen. So wie die Truppen im Lager

von Chalons eingetroffen, wird Marshall Canrobert ein neues Corps bilden, das sofort nach Mexico beordert wird. Man scheint also das begonnene Werk selbst auf die Eventualität eines Conflictes mit der Union durchzuführen zu wollen. Von General Almonte ist eine ausführliche Denkschrift über die gegenwärtige Lage und die Pläne der „Schwarzen“ zur Umgestaltung der Dinge in Mexico in den Tuilerien eingetroffen.

Den letzten Nachrichten aus Mexico zufolge hat Hr. Gonzales Cerverria, einer der Minister des Präsidenten Suarez, seine Entlassung eingereicht und erhalten.

Ein vom 23. d. M. datirtes Madrider Telegramm lautet: „Der mexikanische General Doblado hat sich schriftlich zur Unterzeichnung eines Vertrages verpflichtet, mit welchem allen Reklamationen Spaniens und Frankreichs Genüge geleistet, Schadenersatz für die Kosten der Expedition stipulirt und Garantien zu Gunsten der beiden Mächte gegeben werden sollen.“

Ein Madrider Telegramm vom 24. d. M. lautet: „Man versichert, daß General Prim ermächtigt sei, sich nach Mexico mit dem Titel eines Gesandten zu begeben. Dort wird er jedoch seine Creditive nicht dem Präsidenten Suarez, sondern der Regierungsgewalt, die eingesetzt werden wird, überreichen.“

Der spanische Staatsminister Calderon Collantes hat sich in den Cortes-Debatten so entschieden für Prim und so deutlich über Frankreichs Politik in Betreff Amerika's ausgesprochen, daß man sich auf einen längeren Urlaub des französischen Gesandten Barrot in Madrid bereits gefaßt macht.

Wie der „Independance Belge“ mitgetheilt wird, hat Fürst Metternich vom Kaiser von Oesterreich Beisung erhalten, dem Minister des Auswärtigen in Paris, Thouvenel, eine Mittheilung zu machen, die keinen Zweifel darüber mehr läßt, daß das österreichische Kaiserhaus nicht darnach denke, sich einen Thron schenken zu lassen, der erst noch mit französischen Waffen erobert werden soll.

Die „Times“ vom 24. Mai schreibt: „Eine höchst wichtige Depesche ist mit dem am Donnerstag zu Southampton angelangten Dampfer in London eingetroffen. Von unseren Correspondenten haben wir keine ähnliche Nachricht erhalten; allein möglicher Weise ist sie auf telegraphischem Wege so kurz vor Abfahrt des Dampfers angekommen, daß sie noch nicht in die Oeffentlichkeit gedrungen war. Wir geben sie, wie wir sie erhalten haben, indem wir nicht unbedingt für ihre Richtigkeit einstehen, jedoch in dem vollen Vertrauen auf die Ehrlichkeit der angesehenen Firma, an welche sie gerichtet war: „Das Heer der Konföderirten in Virginien ist geschlagen und umzingelt worden.“

Verhandlungen des Reichsrathes.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 26. Mai, beantwortete der Finanzminister v. Plener die feinerzeit von Schindler rüchlichlich der Kallab'schen Defraudationen gestellte Interpellation. Der Herr Minister theilt, da die gerichtliche Untersuchung noch nicht beendet ist, vorläufig Folgendes mit: Kallab hat eine vielseitige Brauchbarkeit an den Tag gelegt, er hat Unordnungen und Vernachlässigungen seiner Mitbeamten vorgefunden und sich so das Vertrauen der Letzteren erworben. (1) In früherer Zeit sei das Geschäft der Sortirung der Stadtbriefe von den Finanzsammlern besorgt worden, welche Kallab beaufsichtigte. Später wurde es den Beamten übertragen, welche unter Aufsicht der Controle standen. Es war also Kallab ungleich schwerer, seine Unterschlagung fortzuführen, denn noch gelang es seiner Schlaubeit und wohlberchneten Täuschung auch für die Folge. Ein Tisch mit einer in die Schublade führenden Oeffnung kam ihm hiebei zu statten, indem er die reservirten Päckete unbemerkt in diese gleiten ließ, um sie sodann Mittags unbemerkt heraus zu nehmen. Seine Schlaubeit war um so größer, als die Mitbeamten, denen er durch seine Denunciationen öfters Strafen zugab, ihm durchaus nicht freundlich gesinnt waren. Die Postdirection hat nicht freundlich gesinnt waren. Jedenfalls trägt aber das postexpeditionssamt gepflogene Schuld, weshalb die Direction angewiesen wurde, gegen die Oberbeamten derselben eine Disciplinaruntersuchung einzuleiten. Doch könne dies vor Beendigung der Untersuchung nicht geschehen. Zu einer Aenderung in der Manipulation gebe dieser Fall kein Anlaß, da nicht die Vorschriften, sondern deren Nichterfüllung die Ursache dazu geben. Um jedoch den Localverhältnissen Rechnung zu tragen, seien die gehörigen Maßregeln für eine ausgiebigere Controle

getroffen werden. Schließlich weist der Herr Minister darauf hin, daß dieselbe Unterschlagnung am besten begünstigt würde, wenn das Publicum nicht mehr in unfrankirte Briefe Geld versenden und sich bei Frankirungen der gestempelten Couverts bedienen würde.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 26. Mai. Se. Maj. der Kaiser hat heute auf dem Nordbahnhofe den Kronprinzen und die Kronprinzessin von Sachsen, die hier von Dresden eintrafen, empfangen. — Se. k. k. Apostolische Majestät geruht im Laufe des heutigen Vormittages zahlreiche Privataudienzen zu ertheilen unter Andern den Freiherrn von Pöck, der sich morgen auf einen neuen Posten nach Brünn begibt, dann den Admiral von Wüllerstorff, welcher wieder von seiner Reise zurückgekehrt ist, in besonderer Audienz; ferner hatte der Bürgermeister Dr. Zelinka Audienz, um den Dank der Commune für das Pottenkofersche Gedächtnißgemälde auszudrücken.

Ueber das Befinden Ihrer Maj. der Kaiserin, schreibt die Presse, erhalten wir verlässliche Berichte, aus Reichenau. Hiernach hat die Kaiserin in Reichenau bis jetzt das Zimmer nicht verlassen, geht jedoch seit zwei Tagen herum. Unter den Ärzten herrscht über das Leiden Ihrer Majestät Meinungsverschiedenheit, die einen nennen es Bluteere, die andern Bleichsucht. Am Samstag fand ein Consilium mehrerer Aerzte bei Ihrer Majestät statt, welches beschloß, der Kaiserin anzurathen, nach vierzehn Tagen die Cur in Kissingen zu gebrauchen. (Die Wiener Btg. zeigt heute an, daß Ihre Majestät sich nach Kissingen begeben wird). Die Kaiserin wohnt in Reichenau die Villa Waisniz; ordinirender Arzt ist jetzt Hofrath Dr. Fischer, sonst beibrzt der Herzogin Ludovica in Baiern. Die Kaiserin hat nur eine Hofdame, die Gräfin Hunyady, bei sich; Oberhofmeister Graf Königsegg wohnt im Thalhof. Se. Majestät der Kaiser, so oft derselbe in Reichenau verweilt, macht regelmäßig ein bourgeois Spaziergänge mit den frisch aufblühenden kaiserlichen Kindern.

Ihre Majestät die Kaiserin Maria Anna wird heute von Prag mittelst Separatzug abreisen, am 28. Mai Morgens in Brünn eintreffen, und von da nach stattgehabter kurzer Rast die Reise nach Wien fortsetzen, wo Ihre Maj. morgen um 7 Uhr Früh auf der Wiener Verbindungsbahn bei dem Hauptzollamte anlangen und von da nach einem Wechsel der Maschine bis zur Station Maudling fahren wird.

Se. k. k. Hoheit Erzherzog Albrecht ist bereits genesen und wird sammt Gemalin, Frau Erzherzogin Hildegard, heute in der Weiburg eintreffen.

Wie der „Bohemia“ aus Teplitz gemeldet wird, hat der Kurfürst von Hessen vom 8. Juni an das große Hotel zum „Fürsten von Eigne“ in allen seinen Räumen auf 4 Wochen gemiethet.

Der Sr. Kriegsminister Sr. Graf Degenfeld ist gestern sammt Gemalin nach Gmunden abgereist.

Admiral Baron v. Wüllerstorff ist von seiner längeren Reise in das Ausland wieder hier angekommen.

Der ehemalige Minister Baron Hübnert, welcher vor einigen Tagen von Sr. Majestät dem Kaiser empfangen wurde, tritt noch im Laufe dieser Woche eine Reise nach Konstantinopel an.

Die „Baibacher Btg.“ schreibt: Vor einigen Tagen kam hier ein Lieutenant mit 53 Mann an, Neapolitaner, welche in die piemontesische Armee eingereiht worden und desertirt waren. Die Leute werden theils bei Gewerbetreibenden untergebracht, theils beim Kanalbau Beschäftigung erhalten.

Deutschland.

Der „R. B.“ wird aus Berlin geschrieben: Die Fraction Grabow des Abgeordnetenhauses ist aufgelöst. Die neue Fraction Binke soll 15 bis 20 Mitglieder zählen. Die Rede des Präsidenten Grabow hat allgemeinen Anklang gefunden. Die „Sternzeitung“ begleitet sie mit Bemerkungen, die ein starkes Mißbehagen durchblicken lassen. Das Blatt schließt mit dem Citat aus den Worten, welche der hochselige König dem Schwur auf die Verfassung vorausschickte. Diese sind von der Feudal-Partei vielfach in ihrem Sinne interpretirt und damit für ihre Parteinteressen ausgebeutet worden. Se. Majestät der regierende König hat den Schwur einfach geleistet, obgleich die „Kreuzzeitung“ kurz vorher an jene Worte erinnert hatte, die Wiederholung also zu wünschen schien. Das Citat der „Sternzeitung“ ist auffällig.

Im Herrenhause hat Herr Haffelbach den Antrag eingebracht, das Herrenhaus wolle beschließen: die Erklärung abzugeben, daß es die gegenwärtige Sitzungsgesamtheit als eine neue ansieht, und eine Continuität mit der durch die Allerhöchste Cabinets-Ordnung vom 11. März c. beendigten nicht annimmt.

Der Antrag auf Erlass einer Adresse ist bereits am 23. d. beim Abgeordnetenhaus eingebracht. Der Antrag lautet: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, eine Commission von 21 Mitgliedern wählen zu lassen und derselben den anliegenden Entwurf einer Adresse zur Berathung und Berichterstattung zu überweisen.“ Als Motiv ist „die Lage des Landes“ angegeben. Der Antrag ist von Herrn v. Seydel gestellt und von Mitgliedern der Fraction Volkum-Dollfs unterstützt. In dem Entwurfe wird der letzten Vorgänge in Preußen erwähnt und als die Ursache der jetzigen Bewegung die Befürchtung angegeben, daß irgend ein dem Gemeinwohl zuwiderstrebendes Sonderinteresse das feste Band des Vertrauens zwischen Thron und Volk auflösen könnte. Es wird der Auflösung des Landtags, der Ministeränderung und der Wählerliste gedacht, und darauf hingewiesen, daß die Nation nichts Anderes erstrebe, als die Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte. Mit lebhafter Aner-

kennung spricht sich die Adresse über den Handelsvertrag aus. Bezüglich der gegen Kurhessen ergriffenen Maßregeln heißt es in dem Adressentwurf: „Die Energie und Würde, mit welcher Ew. Majestät der kurhessischen Regierung in den letzten Tagen entgegengetreten sind, hat alle patriotischen Herzen mit Freude erfüllt. Wenn Ew. Majestät Regierung in der heftigen Verfassungssache den Standpunkt der Egalität in seinem ganzen Umfang wahren, das rechtsbeständige Wahlgesetz von 1849 ebenso, wie die rechtsbeständige Verfassung von 1831 zur Herstellung der letzteren nur auf verfassungsmäßigem Wege beseitigen lassen wird, wenn endlich Preußens Aktion wie es einer selbstständigen europäischen Großmacht zukommt, erst bei ganzer und voller Genugthuung für die lang fortgesetzte Verletzung der preussischen Ehre und Interessen abschließt: so wird, was für einen solchen Zweck erforderlich wäre, die Nation Ew. Majestät freudig entgegenbringen.“ Schließlich werden noch die Rechte Schleswig-Holsteins und die Bundesreform betont.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 26. d. hat der Minister des Innern den vom vorigen Ministerium herrührenden Entwurf eines Pachtgesetzes unverändert vorgelegt und der Finanzminister ein mehr specialisirtes Budget für 1862 und 1863 eingebracht. Das Deficit ist von 5 Mill. auf 3 1/2 Mill. ermäßigt. Hauptsächlich werden bei der Militärverwaltung 830.000 Thlr. erspart. Der Zuschuß zum Eisenbahnfonds ist wegen der bedeutend steigenden Einnahmen der Eisenbahnverwaltung um 500.000 Thlr. ermäßigt. Zur Deckung des Deficits sind die Ueberschüsse von 1860 mehr als hinreichend. Für das Jahr 1863 ergeben sich geringe Einnahme-Ausfälle, dagegen erhebliche Ersparnisse. Die Mehrüberschüsse betragen 937.000 Thlr., die Ersparnisse 1.871.000 Thlr. Nach Abzug des wegsfallenden Zuschlags bleiben 951.000 Thlr. disponibel. Dazu kommen 300.000 Thlr. Ersparnis der Staatsschulden-Verwaltung. Dies soll allen Verwaltungszweigen zu Gute kommen, 300.000 Thlr. für die Tilgung der Anleihe von 1859, endlich der Rest zur Deckung des Deficits. Beim Militär werden, jedoch nur vorübergehend, 1.116.000 Thlr. erspart. Ferner wurde ein Gesetz wegen Verwendung von Stempelmarken vorgelegt; dabei erklärte der Minister, daß es nicht in der Absicht der Regierung liege, in der jetzigen Session ein Steuergesetz einzubringen. — Bei der Budgetüberweisung wurde die Bildung einer besondern Militär-Commission vorbehalten. Der Finanzminister brachte den Handelsvertrag mit Frankreich ein und erklärte, die Regierung hoffe auf die Zustimmung aller Zollvereinsstaaten; sie sei für diesen Fall rechtlich gegen Frankreich gebunden; der Vertrag sei ein Werk des Friedens, der Annäherung der Nationen. In der erwähnten Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde Seybels Adressentwurf eingebracht. Letztes Wahl ist vom Hause für ungültig erklärt worden.

Wie gestern erwähnt, hat die preussische Regierung eine energische Note an das kgl. württembergische Cabinet erlassen, worin sie sich kräftig ihres Kindes, des französisch-deutschen Handelsvertrages, annimmt und die württembergische Regierung davor warnt, ein Scheitern desselben dadurch herbeizuführen, daß sie sich hinter ihre zweite Kammer stelle. Inzwischen hat es mit der definitiven Lösung dieser Frage seine gute Weile, da die Kammer heute bis Mitte Juni vertagt ward. Der wesentliche Inhalt des Berathungs-Rescripts ist nachstehender: „Da die Wahl eines Präsidenten und Vicepräsidenten, sowie die Wahlen der erforderlichen Commissionen vorgenommen sind, und damit der nächste Zweck der Einberufung erreicht und vorerst kein Stoff mehr vorhanden ist, so vertagen wir hiermit die Stände von heute an und behalten Uns vor, dieselben wieder einzuberufen, sobald die Vorarbeiten zu den Regierungsvorlagen in entsprechender Weise gefördert sein werden. Bezüglich des preussisch-französischen Handelsvertrages haben Wir beizufügen, daß wir erst nach Einlauf der vor der Centralstrecke für Handel und Gewerbe und von den Handels- und Gewerbekammern des Landes abzugebenden Gutachten in der Lage sein werden, eine Entschliesung über jenen Gegenstand abzugeben, wobei Wir jedoch ausdrücklich bemerken, daß Wir keine zustimmende Erklärung abgeben werden, ehe die Stände ihre Ansicht kundgegeben haben werden.“

Das Gutachten des Fabrikrathes von München in Betreff des Handelsvertrages mit Frankreich geht dahin, daß mit einigen Tarifmodifikationen dem Vertrag beizustimmen sei, jedoch mit der Voraussetzung, daß vor Abschluß des Vertrages das Weiterbestehen des Zollvereins nach dem Jahre 1863 gesichert ist und deshalb in dieser Beziehung die Verhandlungen schon jetzt eröffnet werden.

Am 24. d. hat, wie die heutige bairische Zeitung mittheilt die Auswechslung der Ratificationsurkunden über folgende zwischen Baiern und Baden abgeschlossene Staatsverträge stattgefunden: Wegen des Eisenbahnbaues von Würzburg nach Heidelberg; wegen Herstellung einer festen Rheinbrücke zwischen Ludwigshafen und Mannheim; wegen Herstellung einer Eisenbahnverbindung zwischen Witten und Karlsruhe mit Projectanstalt über den Rhein bei Maximiliansau, und schließlich wegen Herstellung der Eisenbahnverbindung zwischen Germersheim und Bruchsal.

Frankreich.

Paris, 24. Mai. Der gesetzgebende Körper hat gestern einstimmig (219 Stimmen) den Gesetzentwurf angenommen, wonach das Tabak-Monopol zurpricht, welches dem Staat das Tabak-Monopol zuspricht, bis zum 1. Januar 1873 in Kraft bleiben soll. — Die Kaiserin wird in diesem Jahre kein Bad besuchen, sondern den ganzen Monat Juni über in Fontainebleau zubringen. Die übrigen Einladungsferien fallen aus und werden nur „Intime“ nach dem Kaiser. Schloße eingeladen. Der Kaiser geht am 15. Juni auf vier Wochen nach Vichy. Mitte Juli werden Ihre Maje-

stät ihre Reise im Innern Frankreichs vornehmen. — Cardinal Morlot reist morgen mit dem Erzbischof v. Cambrai nach Rom ab. — Herr und Frau Pereire war zu der letzten intimen Soirée der Kaiserin geladen. — In Sachen des Mont-Genis-Tunnels ist nun ein Uebereinkommen getroffen worden. Frankreich zahlt an Italien, wenn der Tunnel vor 10 Jahren vollendet ist, 25, wenn er vor 8 Jahren vollendet ist, 30 Millionen Frs. — Graf Morny ist nach London abgereist; er wird den am 4. nächsten Monats stattfindenden Derby-Rennen beiwohnen und zwischen dem 8. und 10. wieder in Paris sein, um bei Eröffnung der Budgetdiscussio, die zu dieser Zeit beginnen soll (?), zu präsidiren. — In Fontainebleau wurden mehrere Personen, unter ihnen vier Italiener, über Absichten verdächtig, verhaftet.

In den letzten Tagen des vorigen Monats ist zwischen England und Frankreich eine Convention abgeschlossen worden, kraft deren Gesellschaften und Vereine, welche in einem der beiden Staaten gesetzlich autorisirt sind, auch in dem anderen Staate volle Rechte genießen und vor den Tribunalen als Kläger oder Angeklagte plaidiren dürfen. Es gilt dieses Uebereinkommen für sämtliche Gebietsheile und Colonien der contrahirenden Mächte, vorausgesetzt, daß die Betreffenden sich den jeweiligen Landesgesetzen gemäß verhalten. Eine bestimmte Dauer dieser Convention ist nicht festgesetzt. Es bleibt jeder der contrahirenden Mächte anbeimgestellt, sie auf ein Jahr hin zu kündigen, und beide behalten sich die Freiheit vor, sie nach Ermessen gemeinschaftlich zu modificiren.

Großbritannien.

London, 23. Mai. Im Gemeinderath der City ist gestern der Antrag gestellt und angenommen worden, dem amerikanischen Banquier Peabody, welcher bekanntlich 150.000 £. zu Wohltätigkeitsleistungen für Arme in London angewiesen hat, das Ehrbürgrecht zu verleihen, und ihm das betreffende Diplom in einer 100 £. im Werthe haltenden Kapsel feierlich zu überreichen. In derselben Sitzung wurde ein Schreiben des Wiener Buchbinderei-Besitzers, Herrn Kollinger, verlesen, in welchem derselbe sein zur Ausstellung eingesandtes Reisalbum, welches ein Meisterstück der Buchbinderkunst sein soll, dem Gemeinderathe zum Geschenke anbietet. Es wurde dankbar angenommen und dem freundlichen Geber der Dank der City votirt.

In Hoeburien sind Versuche gegen eine neugonstruirte eiserne Zielscheibe von 9 Zoll Dike angefaßt worden. Ein Armstrongscher mit 50 Pfund geladener Dreihunderfüßler schlug beim dritten Schuß mitten durch die Scheibe hindurch.

Aus Dublin schreibt man, daß das Bandmänner-Unwesen wieder um sich greife. Vier angesehene Gutsbesitzer heißt es, haben Drohbrieve erhalten. Herr Bianconi, der bekannte Stellwagen-Unternehmer, wurde von zwei Personen am hellen lichten Tage auf der Straße mit den Worten angedeutet: „Sie sind jetzt zum dritten und letzten Male gewarnt; Sie können jetzt Ihren Sarg bestellen.“ Bianconi, sagt man, hat das Pachtgeld auf mehreren seiner Grundstücke gesteuert, was bei den jetzigen harten Zeiten von den Brandmännern als todewürdiges Verbrechen angesehen wird. Nach einem Gerüchte ist auf einen Agenten des Earl von Limerick geschossen worden. Ein anderer Agent hat einen mit Sarg und Dolch und Todtenkopf illustrierten Drohbrief erhalten.

Aus Cork telegraphirt man, daß dort sieben Personen als Absender von Drohbrieffen verhaftet worden sind. — Die „Post“ bespricht das Brandmänner-Unwesen und behauptet, daß die Schuld größtentheils an der katholischen Eifersucht liege, die sich mit allgemeinen und wenig beachteten Abmahnungen begnüge.

Spanien.

Die Adjutanten des Generals Prim, die bereits in Madrid angekommen sind, haben eine Reihe von Thatsachen überbracht, wodurch bestätigt wird, daß die mexicanischen Flüchtlinge, Almonte zumal, dem Cuileirenhofe Illusionen gemacht haben, die rein auf Lügen beruhen und die mexicanischen Verhältnisse in einem ganz falschen Lichte zeigten. Wenn der Kaiser, nachdem er durch die Ränke einer kleinen, aber mächtigen Hofclique auf falsche Fährte geleitet ließ, jetzt noch auf Fortsetzung der Expedition besteht, so ist man in Madrid wie in London doch überzeugt, daß er sich nach Besetzung von Mexico, wenn der „engagierten französischen Waffenehre“ ein Genüge gethoben, kürzlich aus der Affaire ziehen wird.

Italien.

Die „Opinion National“ meldet, der König Victor Emanuel habe sofort nach seiner Rückkehr nach Turin einen eingehenden Bericht über die Vorfälle in der Lombardie befohlen und die Untersuchung habe in Mailand bereits begonnen; Garibaldi fürchte dieselbe jedoch nicht, denn Mazzini allein treffe die Verantwortlichkeit für das Unternehmen.

In der „Allg. Btg.“ finden wir nachfolgende Correspondenz aus Mailand, 18. Mai: Am 16. d. M. brachen etwa hundert Leute die Barriere an der Eisenbahnstation in Bergamo eine bemächtigt sich der Wagen dritter Klasse, gerade als der Zug abzufahren hatte, und begaben sich nach Mailand. Aber da sie an der Bahnstation der Porta Tosa (Vittoria) ankamen, fanden sie dort eine gute Anzahl Carabinieri und ein Bataillon Soldaten. Die Carabinieri zwangen sie in ihren Wagen zu verbleiben und die Untersuchung wurde vorgenommen. Mit Ausnahme einiger Zwanzig, die man verhaftete, wurden alle anderen auf der Station zurückgehalten. Man weiß nicht, ob sie nach Bergamo zurückschickte oder nach Alessandria abgedandt wurden. In dieser Festung sind bereits alle Verhafteten untergebracht worden. Dem aufmerksamen Beobachter der letzten Ereignisse stellt sich die natürliche Frage: ob die projectirte freiwilligen Expedition nach Wälschtirol im Einverständnis mit der piemontesischen Regierung un-

ternommen und diese nur durch die Einsprache von Paris aus gezwungen wurde dieselbe zu verhindern. Die amtliche Zeitung verneint, wie natürlich, dieses Faktum, gesteht aber auch zu gleicher Zeit, daß die Anwerbungen von Freiwilligen zu diesem Putsch in Bergamo u. ihr seit mehreren Tagen bekannt waren. Wenn dies der Fall ist, warum kam man der Abreise derselben nicht zuvor? Warum verhinderte man nicht die theilweisen Konzentration derselben an verschiedenen kleinen Orten, wo die Gegenwart so vieler hundert Individuen gleich bemerkt werden muß? Hat man dies aus Berechnung gethan, um die Exaltirten in die Falle zu treiben? Oder hat man gelogen, wenn man behauptet schon seit einigen Tagen hievon unterrichtet gewesen zu sein? Hätte die Regierung die theilweisen Konzentrationen verhindert, so wäre die Expedition im Keim erstickt worden und die blutigen Scandale in Bergamo hätten nicht stattgefunden. Was Garibaldi anbelangt, so unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß er bereit war an diesem Putsch handelnd theilzunehmen. Auch dies verneint die amtliche Zeitung, obgleich er es selbst sagt.

Aus Genua, 19. Mai, wird der „Trierster Zeitung“ berichtet: „Die Untersuchung wegen des Parodis-Raubes wird mit großem Eifer betrieben, und es kommen fortwährend neue Einzelheiten an den Tag. Jetzt handelt es sich hauptsächlich darum, den siebenten Mitschuldigen zu entdecken, der das Ganze eingefädelt, geleitet und einen so namhaften Theil des Ertrages sich angeeignet hat, ohne sich selbst einer Gefahr zu zusehen. Aus der einstimmigen Aussage der Verhafteten (die sich indeffen wohl schon früher darüber verständigt haben könnten) geht hervor, daß dieser Mann von ihnen „Oberst“ genannt wurde und während des Raubes am Fuße der Treppe Wache stand, dort die Leute in Empfang nahm und theilte. Die Matrosen des Fahrzeuges „Amor di Patria“ wurden in Freiheit gesetzt, nicht aber der Capitän. Oberst Cattabeni liegt im Kerkerhospital; einem General, der ihn sprechen wollte, wurde die Erlaubniß dazu verweigert.“

In der Nacht vom 18. bis 19. d. M. ist die von Florenz kommende Diligence auf der Fahrt nach Bologna auf dem bella Collina genannten Berge von 9 bis 10 bewaffneten „italienischen Patrioten“ angefallen und sammt den Passagieren vollständig ausgeplündert worden.

Rußland.

In Warschau erscheint seit dem 1. Mai eine neue Geheimchrift „Meczenicy“ (Mätyrer) zu drei früheren „Straznica“ (Wacht), „Pobudka“ (Weckung) und „Pravdyjwy“ (der wahre Patryota“).

Türkei.

Das „Journal de Constantinople“ schreibt, daß die Pforte Berichte über bedauerliche Vorfälle in Aleppo erhalten und sofort energische Weisungen entsendet habe, um die Bevölkerung in den Provinzen zu beruhigen, wo die Nachlässigkeit einiger Subalternbeamten Anlaß zu Unordnungen gegeben zu haben scheint. Eine genaue Untersuchung sei angeordnet und die hohe Pforte sei entschlossen, „keine Rücksichten gegen eine Autorität walten zu lassen, die ihre Mission nicht begreift und aus was immer für einer Veranlassung die gute Harmonie stören könnte, die zwischen den verschiedenen Bevölkerungen des Reiches herrschen soll.“

Die Zahl der in den türkischen Donauprovinzen neu ange siedelten Tataren-Familien beläuft sich auf 48.500. Die Colonien gedeihen und erhalten während neuen Zuwachs an Bevölkerung.

Griechenland.

Wie aus Athen vom 17. d. gemeldet wird, sind sämtliche politische Gefangene bis auf drei Officiere und neun Bürger durch ein neues Amnestiedecret in Freiheit gesetzt worden. Auch das Schicksal der bereits amnestirten 58 Officiere der Garnison von Nauplia ist nun entschieden. Ein Theil ist unter der Bedingung, auf Egina zu verbleiben, in Ruhestand versetzt worden; anderen, nur provisorisch außer Thätigkeit Gesezten ist die Wahl des Wohnortes freigegeben. Die Unterofficiere sind ohne Weiteres verabschiedet worden. In Nauplia und Syra sind die Municipalitäten aufgelöst, die Bürgermeister abgesetzt und die sofortige Vornahme von Neuwahlen angeordnet worden.

Amerika.

Aus Newyork, 10. Mai, wird geschrieben: Auch bei Korinth, wo General Grant am 7. d. einen erfolgreichen Angriff auf die feindlichen Vorposten gemacht haben soll, scheinen die Conföderirten, ohne es auf eine Schlacht ankommen zu lassen, zurückweichen zu wollen. Nach heute eingetroffenen Berichten haben sie nämlich in Folge jenes Angriffes eilig, aber in guter Ordnung die Memphis- und Charleston-Eisenbahnlinie, auf welche sie sich bisher stützten, aufgegeben, und südlich von Korinth an der Mobile- und Ohio-Eisenbahn eine neue Stellung genommen. Diese Bewegung deutet an, daß die ganze südliche Streitmacht sich so schnell als möglich nach Columbia, 75 englische Meilen von Korinth, zurückziehen im Begriffe steht, wo sie bedeutende Geschützgießereien und Pulverfabriken hat. Alle diese Erfolge zu Lande werden aber durch die großartigen Thaten der Flotte überboten, welche den unteren Mississippi säuberte und nach mehr als sechsstägitigem Kampfe endlich New-Orleans nahm. Diese Thaten bilden bis jetzt die glänzendsten Epochen im Kriege und verdienen ausführlicher beschrieben zu werden, als es der Raum einer Correspondenz gestattet. Außer der zähen Tapferkeit auf beiden Seiten zeigten sich in diesen See- und Flusstreffen so viele neue Erscheinungen, daß sie in der Geschichte der Seeschlachten gewiß für immer eine Epoche machende Stelle einnehmen werden. Hölzerne und eiserne Schiffe kämpften gegen einander und gegen starke Forts, alle Erfindungen der neueren Kriegskunst kamen zur Anwendung, oder wurden an Ort und Stelle improvisirt, Sperrketten, eiserne Widder, Höl-

N. 6513. E d y k t. (3807. 3)

C. k. Sąd krajowy w Krakowie otwiera na zasadzie § 81 ust. cyw. i rezolucji z dnia 11go września 1784 Nr. 335 konkurs na cały gdziekolwiek...

Wzywa się przeto wszystkich, którzyby jakieś żądania do tego dłużnika mieli, aby pretensje te aż do dnia 1 sierpnia 1862 w formie pozwu przeciw zastępcy masy upadłej Łazarza Weingrüne w tutejszym Sądzie wniosli.

Celem zatwierdzenia tymczasowego zarządcy, tudzież do wyboru wydziału wierzycieli wyznacza się termin na dzień 8 sierpnia 1862 o godzinie 10ej przedpołudniem, na który wierzyciele wezwani są przystąpić.

N. 5999. Obwieszczenie (3812. 3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż pod dniem 18 kwietnia 1862 l. 5999 p. Salomea z Lesniowskich lgo słu...

Ponieważ pobyt zapozwanych niewiadomy jest, przeto przeznaczył tutejszy Sąd dla zastępcy na koszt i niebezpieczeństwo zapozwanych tutejszego adwokata p. Dra Rutowskiego z substytucją adwokata pana Dra Serdy na kuratora, z którym wniesiony spór według Ustawy cyw. dla Galicyi przepisanej przeprowadzonym będzie.

N. 2458. E d y k t. (3799. 1-3)

Ze strony c. k. Sądu powiatowego w Starym Sączu zawiadamia się z życia i pobytu niewiadomych Franciszka, Józefa i Wincentego Frankiewiczów, że przeciwko nim i innym spadkobiercom...

Gdy miejsce pobytu pomienionych współpозwanych Frankiewiczów niewiadome jest, przeto Sąd tutejszy dla ich zastąpienia i na ich koszt i niebezpieczeństwo Jana Widomskiego z Piwniczny jako kuratora ustanowił, z którym wniesiona sprawa prawna według przepisanej dla Galicyi procedury sądowej będzie pertraktowana.

L. 7209. E d y k t. (3780. 2-3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski niniejszym czyni wiadomo, że do przedsięwzięcia celem zaspokojenia pretensyi wekslowej Franciszka Ksawerego Zassowskiego w kwocie 5250 zła. z przyn. pozwolonej przymusowej sprzedaży p. Bolesławowi Goławskiemu i pani Klementynie Kozieradzkiej...

Z Rady c. k. Sądu obwodowego. Tarnów, dnia 15 maja 1862.

N. 5301. E d i c t. (3806. 2-3)

Zur Hereinbringung der vom Herrn Nikolaus Opidowicz wider die minderjährigen Ludwig und Albin Nowak erstiegen Forderung pr. 3000 fl. f. R. G. wird die executiv Feilbietung der den genannten Minderjährigen gehörigen auf 2254 fl. 84 kr. 3. W. gerichtliche...

Sollte die feilgebotene Entität bei den 3 gedachten Terminen auf die angegebene Weise nicht veräußert werden können, so wird zur Befriedigung von erlöschenden Bedingungen eine Tagung auf den 21. August l. J. um 4 Uhr Nachmittags hiergerichts festgesetzt, wozu die Interessenten vorgeladen werden.

Zum Curator für die etwa nachträglich in die Hypothek gelangenden Gläubiger wird Advokat Dr. Alth mit Substituierung des Advokaten Hrn. Dr. Schönborn ernannt. Vom k. k. Landes-Gerichte. Krakau, am 23. April 1862.

N. 5301. E d y k t.

Celem zaspokojenia należności zlp. 3000 z pn. Mikołaja Opidowicza przeciw małoletnim Ludwikowi i Albinowi Nowakom wywalczonyj odbędzie się przymusowa sprzedaż dwóch samych części realności pod l. 192 dz. I. now. (l. 304 gm. III. st.) w Krakowie położonej, do wspomnianych małoletnich należących na zła. 2254 c. 84 sądownie oszacowanych w c. k. Sądzie krajowym na trzech terminach, mianowicie: 26 czerwca, 17 lipca i 21 sierpnia b. r., każda razą o godzinie 10ej przedpołudniem, na którą chęć kupienia mających z tem nadmienieniem się wzywa, że owe części realności na powyższych trzech terminach tylko wyżej ceny szacunkowej lub za taką, nigdy zaś niżej ceny, sprzedane będą, że licytanci jako wadium 10% ceny szacunkowej na ręce komisji licytacyjnej złożyć winni i że warunki licytacji jak równie wyciąg hipoteczny i akt oszacowania w rejestraturze c. k. Sądu krajowego przejrane być mogą.

Gdyby rzeczzone części realności na ustanowionych 3 terminach w sposób wyżej podany niemogły być sprzedane, wtedy dla ułożenia lżejszych warunków wyznacza się termin na dzień 21 sierpnia b. r. o godzinie 4ej popołudniu, na który strony interesowane wezwane zostają.

Dla wierzycieli następuje do hypoteki wejść mogących ustanawia się kuratorem adwokata Dra Altha, dodając mu zastępcę w osobie adwokata Dra Schönborna.

C. k. Sąd krajowy. Kraków, dnia 23 kwietnia 1862.

N. 3983. Kundmachung. (3796. 1-3)

Zur Verpachtung der Neu-Sandez städtischen Branntwein- und Meth-Propination für die Zeit vom 1. November 1862 bis Ende October 1865 wird am 3ten Juli 1862 eine öffentliche Licitation in der Magistratskanzlei in Neu-Sandez abgehalten werden.

Der Fiscalpreis beträgt 11,100 fl. 3. W., das Wadium 1110 fl. 3. W.

Die Licitationsbedingungen können beim Magistrate in Neu-Sandez eingesehen werden. Von der k. k. Kreisbehörde. Neu-Sandez, am 13. Mai 1862.

N. 3983. Obwieszczenie.

W celu wydzierżawienia propinacyi miejskiej wódzanej i miodowej i w Nowym Sączu na czas wódzanej i miodowej i w Nowym Sączu na czas od 1 listopada 1862 aż do końca października 1865 r. odbędzie się dnia 3 lipca 1862 publiczna licytacja w kancelaryi magistratualnej w Nowym Sączu.

Meteorologische Beobachtungen. Table with columns: Temp., Wind, Humidity, etc.

Cena wywołania wynosi 11,100 zła., wadium 1110 zła.

Warunki licytacyjne przejrzeć można w kancelaryi magistratualnej w Nowym Sączu.

Z c. k. Władzy obwodowej. Nowy Sącz, dnia 13 maja 1862.

N. 975. E d y k t. (3800. 1-3)

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Łańcutie podaje niniejszym do publicznej wiadomości, iż na żądanie p. Antoniego Szpilmana z Łańcuta, imieniem swoim, tudzież jako pełnomocnika Maryanny lgo słu...

1. Za cenę wywołania stanowi się cena szacunkowa aktem urzędowym oszacowania pod dn. 8 marca 1862 zdziałanym wynaleziona 466 zła. wynosząca.

2. Mający chęć licytowania rzeczzonego gospodarstwa mają złożyć tytułem wadium dziesiątą część ceny szacunkowej t. j. 46 zła, któreto wadium nabywcy, w cenę kupna wliczonem zostanie, innym zaś zaraz po ukończonej licytacji zwróconem będzie.

3. Utrzymujący się na licytacji jako nabywca, ma cenę za jaką realność ta sprzedana została w 30 dniach po zatwierdzeniu licytacji z potrąceniem wadium przez niego złożonego, do depozytu sądowego złożyć, lub też się wykazać, że części od współnukcesorów ponabywał, w którymto ostatnim razie tylko resztującą należność obowiązany jest złożyć.

4. Niedotrzymanie którego z warunków licytacji pociąga za sobą utratę wadium, a nowa licytacja na koszt i niebezpieczeństwo niedotrzymującego rozpisana zostanie, na której gospodarstwo to na jednym terminie, nawet niżej wartości szacunkowej sprzedanym zostanie, z zachowaniem regresu do tego, który stał się powodem rozpisania onęjże powtórnie.

5. Opisanie i oszacowanie w mowie będącego gospodarstwa gruntowego przejraniem być może każdego czasu w rejestraturze tutejszego c. k. Sądu powiatowego, o obszerności zaś jego, podatkach i innych powinnościach gminnych wiadomość powyższą będzie można w tutejszym c. k. Urzędzie poborowym i powiatowym.

Z c. k. Sądu powiatowego. Łańcut, dnia 26 kwietnia 1862.

Intelligenzblatt. Nur noch 3 Tage Zeit zur Verkauf der Concordia-Lose à 50 kr. mit 661 Delgemälden im Werthe von Gulden 20,000 ö. W.

zur Unterstützung hilfsbedürftiger Schriftsteller und Journalisten. Zu beziehen bei allen bekannten Pos-Verkehrern, durch sämtliche Zeitungs-Redactionen...

Meteorologische Beobachtungen. Table with columns: Temp., Wind, Humidity, etc.

N. 6980. Concurskündmachung. (3821. 3)

Zur Befetzung: Einer Kanzlei-Assistentenstelle im Bereiche der k. k. Finanz-Landes-Direction in Krakau in der XII. Diätenklasse mit dem Gehalte jährlichen 420 fl. 3. W. eventuell 367 fl. 50 kr. oder 315 fl. 5. W.

Wiener - Börse - Bericht vom 26. Mai. Oeffentliche Schuld. A. Des Staates.

Table of stock and bond prices: In Oest. W. zu 5% für 100 fl., Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl., etc.

Table of interest rates: Nationalbank für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. W., Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. W., etc.

Table of exchange rates: Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 3 1/2%, Frankfurt a. M., für 100 fl. südd. Währ. 3%, etc.

Table of gold and silver prices: Kaiserliche Münz-Dufaten 6 30, vollw. Dufaten 6 30, etc.

Table of gold and silver prices: Kaiserliche Münz-Dufaten 6 30, vollw. Dufaten 6 30, etc.

Table of gold and silver prices: Kaiserliche Münz-Dufaten 6 30, vollw. Dufaten 6 30, etc.

Table of gold and silver prices: Kaiserliche Münz-Dufaten 6 30, vollw. Dufaten 6 30, etc.

Table of gold and silver prices: Kaiserliche Münz-Dufaten 6 30, vollw. Dufaten 6 30, etc.

Table of gold and silver prices: Kaiserliche Münz-Dufaten 6 30, vollw. Dufaten 6 30, etc.

Table of gold and silver prices: Kaiserliche Münz-Dufaten 6 30, vollw. Dufaten 6 30, etc.

Table of gold and silver prices: Kaiserliche Münz-Dufaten 6 30, vollw. Dufaten 6 30, etc.

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge vom 1. Mai 1861 angefangen bis auf Weiteres. Abgang: von Krakau nach Wien 7 Uhr Früh, 3 1/2 bis 30 Min. Nachm., etc.